



Stellungnahme des Historischen Beirates im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) zum Zukunftsprozess des ChristusForum Deutschland

Das ChristusForum Deutschland (künftig: CFD) hat in den letzten Wochen mehrfach die Absicht bekundet, aus dem BEFG auszuschneiden und einen neuen Bund zu gründen, der dann auch die Körperschaftsrechte erhalten soll. Begründet wird dieses Vorhaben mit der Situation im BEFG. So seien die „theologische Schmerzgrenzen“ erreicht. Hingewiesen wird u.a. auf nicht mehr tolerierbare Ansichten zum Verständnis des Sühnetodes Christi. Beklagt wird hier, dass das Präsidium des Bundes es an einer geistlichen Führung habe fehlen lassen. Auch die Frage der Akzeptanz von praktizierter Homosexualität spielt offensichtlich eine wesentliche Rolle. Man wünscht sich deshalb ein „neues geistliches Zuhause“; der neue Bund solle von gleichen „biblisch-theologischen Überzeugungen“ geprägt sein.

Das Präsidium des BEFG nahm im November letzten Jahres in einer Erklärung („Gemeinsam sind wir Bund!“) zu den Absichten des CFD Stellung. Es wird der eindeutige Wunsch ausgedrückt, dass das CFD im BEFG bleiben sollte. Wie bisher wolle man sich durch das Prinzip Einheit in Vielfalt leiten lassen, womit sowohl die baptistische als auch die Tradition der Brüdergemeinden gemeint sei. Als gemeinsame Basis begreife man die „Rechenschaft vom Glauben“, die am Ende des Statements mit zentralen Aussagen wie beispielsweise zur Bedeutung des stellvertretenden Todes Jesu wörtlich wiedergegeben wird.

Wie sind die Absichten des CFD aus historischer Perspektive zu beurteilen?

Ab 1937 wurde das Zusammengehen von Baptisten, Bund der Freien evangelischen Gemeinden (künftig: BFeG) und der Brüderbewegung erörtert. Von Anfang an unterstützten die Brüdergemeinden nicht nur dieses Vorhaben, sondern trieben den Zusammenschluss der sog. gemeindegemäß aufgebauten Freikirchen auch aktiv voran. Schon im Januar 1937 forderte Ernst Lange (Offene Brüder) in einer Artikelreihe die „Überwindung der Konfessionen“. Lehrunterschiede seien nicht als kirchentrennend zu verstehen, entscheidend sei die Einheit der Glaubenden. Als im April 1937 auf der Theologischen Woche der Baptisten die Absicht formuliert wurde, mit den anderen beiden Gruppierungen über ein Zusammengehen nachzudenken, reagierte Lange positiv und unterbreitete gleich auch konkrete Vorschläge, wie man einen gemeinsamen Bund aufbauen könne. Der nach dem Verbot der Geschlossenen Brüder (Christliche Versammlung) gegründete Bund freikirchlicher Christen (künftig: BfC), dem sich dann im Laufe des Jahres 1937 die Offenen Brüder anschlossen, unterstützte mit seinen führenden Persönlichkeiten wie Hans Becker, Fritz von Kietzell, Ernst Lange u.a. vorbehaltlos die Baptisten in ihrer Absicht, einen Zusammenschluss der drei Gruppierungen herbeizuführen. Becker selbst hatte den BfC bei seiner Gründung als einen Schritt zum Aufbau einer „Einheitsorganisation“ der evangelischen Freikirchen begriffen.

1939 stellte der BfC eine seiner Zeitschriften („Handreichung“) ausdrücklich in den Dienst der Einigungsbemühungen. Ein gemeinsamer Bund würde das Gebot Jesu „auf dass sie eins seien“ (Joh. 17) auch in organisatorischer Hinsicht verwirklichen, das gemeinsame missionarische Zeugnis und die freikirchliche Position im nationalsozialistischen Deutschland stärken. Die Mitgliederversammlung des BfC (Reichsbrüdererrat) forderte im Mai 1939 die Leitungen der drei Bünde auf, auf einen Zusammenschluss zuzugehen; falls der BFeG bei seiner ablehnenden

Haltung bliebe, sollte dieser mit den Baptisten allein vollzogen werden. Die Initiative zu einer Vereinigung der beiden Bünde (Baptisten und BfC) 1940 ging dann auch von den Verantwortlichen des BfC aus. Mit den Baptisten kam man zügig zu einer Einigung; der BFeG, der ausdrücklich von Hugo Hartnack (BfC) noch einmal um seine Mitwirkung gebeten wurde, blieb mehrheitlich bei seiner Ablehnung. Mit dem Vereinigungsbeschluss im Februar 1941 meinten die Verantwortlichen – neben kirchenpolitischen Zielen – dem Gebot Jesu bezüglich der Einheit zu entsprechen.

Nach 1945, als der BFeG innerhalb der früheren BfC-Gemeinden sehr kontrovers beurteilt wurde, es dann auch zu zahlreichen Austritten von Gemeinden und schließlich 1949 zur Gründung des Freien Brüderrings kam, blieben doch viele Brüdergemeinden im BFeG. Führende Persönlichkeiten wie Becker, Siebert, Wilhelm Brockhaus traten weiterhin für den gemeinsamen Bund ein. Das Dortmunder Protokoll vom August 1949 ermöglichte dann den ehemaligen BfC-Gemeinden in Bereichen wie Finanzen, theologische Ausbildung und Schrifttum ihre Angelegenheiten selbstständig regeln zu können. 1980 wurde dann die Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden (künftig: AGB; jetzt CFD) gegründet, um deren Interessen und v.a. ihre Identität noch mehr zu fördern. Nach einem längeren Diskussionsprozess wurde 1985 in der Jahresversammlung der AGB über die Frage abgestimmt, ob man weiter dem BFeG angehören wolle. Ohne Gegenstimmen entschied man sich dafür. Entscheidende Gründe waren u.a. die geistliche Einheit im Sinne von Johannes 17 und die gemeinsame jahrzehntelange Geschichte. Obwohl diese Entscheidung als eine endgültige angesehen wurde, kam es nach der deutschen Vereinigung 1990 noch einmal zu Diskussionen bezüglich des Verbleibs der Brüdergemeinden im BFeG, die besondere Brisanz gewannen diese vor dem Hintergrund des Austritts vieler Brüdergemeinden aus dem ehemaligen BFeG der DDR. Trotzdem entschied sich die Jahresversammlung der AGB Ende Oktober 1992 mit überwältigender Mehrheit für den Verbleib im BFeG. Erleichtert wurde diese Entscheidung sicherlich auch durch die Verfassungsänderung vom Mai 1992, die der AGB in §25 (heute §23) „einen großen Freiraum“ (Ulrich Brockhaus) einräumte.

Auch wenn das Miteinander von Baptisten und Brüdergemeinden seit 1941/42 mitunter spannungsreich war, kann man feststellen, dass bei den jeweiligen Verantwortlichen immer die Bereitschaft vorhanden war, an der Einheit aus geistlichen, aber sicherlich auch aus pragmatischen Gründen festzuhalten. Der gemeinsame Bund sollte einen Beitrag zur Überwindung der konfessionellen Spaltungen leisten, indem man in der Vielfalt der unterschiedlichen Traditionen die Einheit in Christus suchte. Jedoch gerade der Einheitsgedanke stellt bis heute ein zentrales Thema der Brüderbewegung dar.

Würde das ChristusForum Deutschland mit seinem ihm angeschlossenen Gemeinden aus dem BFeG austreten, um einen neuen Bund zu gründen, würde man sich damit von der bisherigen Geschichte der Brüdergemeinden im Bund trennen, die seit 1937 von dem Wunsch nach organisatorischer Verbindung mit anderen Freikirchen gekennzeichnet war, um die Einheit des Leibes Christi auch organisatorisch zu bezeugen. Außerdem wäre auch die Einheit innerhalb des CFD gefährdet, da u.U. nicht alle Brüdergemeinden den BFeG verlassen werden. Damit gäbe es dann eine weitere Gruppe innerhalb der Brüderbewegung.

Gerade an den Gedanken der Einheit des Leibes Christi erinnert aber die Erklärung des Präsidiums vom November 2023, sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit dem, was die Brüdergemeinden im BFeG in den letzten Jahrzehnten mehrfach bekundet haben. Dieses geschichtliche Erbe, das zur Bewahrung der Einheit des BFeG aufruft, sollte bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Für den Historischen Beirat am 9. April 2024
Dr. Andreas Liese (1. Vorsitzender)